

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ordnung die auf weitere zur Dienstag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, bezugsfertig bei Selbstabholung monatlich 20, durch unsere Postträger zu tragen in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen monatlich 25, mit Zustellungsgeld. Mit Postanfragen und Postbestellungen sowie andere Postträger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse kann der Verleger seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Insertionspreis 20 für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 2 spaltige Korpuszeile 20. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil für von Behörden die 2 spaltige Korpuszeile 20. Nachvollzugsgebühr 2 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Resten gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang. Nr. 259

Donnerstag / Freitag 7. / 8. Dezember 1922.

Amtlicher Teil.

Im Einvernehmen mit dem Amtshauptmann wird die **Bezirksversammlung** der Amtshauptmannschaft Meißen auf **Donnerstag den 21. Dezember 1922**, nachmittags 1/2 Uhr zu einer Tagung im Verhandlungsraum des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes einberufen.

Die Tagesordnung ist im Aushangkasten des amtsh. Gebäudes angehängt. Weinböhla, am 5. Dezember 1922. Nr. 627 I B.

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung. Oldener, Gemeindevorstand.

Der 19. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915, **Wohnungsbauabgabe betreffend**, hat die oberbehördliche Genehmigung gefunden. — Der Nachtrag liegt zu jedermanns Einsicht 14 Tage lang in der Ratskanzlei (Zimmer 14) aus.

Wilsdruff, am 4. November 1922.

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

In Berlin begannen die Beratungen der verammelten deutschen Ministerpräsidenten mit dem Reichskanzler, wobei zunächst Ernährungs- und Wirtschaftsfragen erörtert wurden. Die Brüsseler Konferenz wird voraussichtlich nicht vor Mitte Januar eröffnet werden. Die Russen fordern in Lausanne, daß den Türken das Recht zur Befestigung der Dardanellen erteilt werde. Das englische Unterhaus hat einen liberalen Antrag auf Aufhebung der Industriellengesetze abgelehnt. Das tschechische Kabinett Bělský hat demissioniert. Der König hat das Rücktrittsgesuch angenommen und die Regierung abtreten, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

Gutes Beispiel.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Vielen Leuten gefällt der parlamentarische Betrieb im neuen Deutschland nicht. Dabei handelt es sich durchaus nicht etwa nur um grundsätzliche Gegner der politischen Einrichtungen, die uns Kriegsverlust und Zusammenbruch gebracht haben; von ihnen kann man selbstverständlich nicht erwarten, daß sie an dem Wechsel der Zeiten und Verhältnisse irgend welche Gefallen finden. Aber wenn ein Mann, wie der frühere demokratische Preußeminister des Innern, Dominicus, zur Feder greift, um in einem ganz links stehenden Demokratienblatt des Westens an dem Übermaß parlamentarischer „Arbeit“, wie wir es sich tagtäglich vor unsern Augen vollziehen sehen, scharfe Kritik zu üben, so ist das nicht zu übersehen. Dominicus fühlt sich als Mitglied des Preussischen Landtages mitverantwortlich für die größtmögliche Sparjamkeit im Staatsbetriebe, da ja auch die heutigen Parlamente den Regierungen nur das Gesez zur Pflicht machen. Er wirft aber die Frage auf, ob die Parlamente nicht auch in sich selbst dieser Verpflichtung nachkommen müssen, und er findet dabei, daß zurzeit in Deutschland neben Reichstag mit 469 und Reichswirtschaftsrat mit 226 Abgeordneten sage und schreibe 14 Einzellanträge mit rund 1300 Abgeordneten der Gesetzgebung und der Verwaltungskontrolle obliegen. Dazu kommt, daß der Beruf des Parlamentariers sich immer mehr als Hauptberuf herausgebildet hat. Damit sind die Kosten der Parlamente in einem Umfang gewachsen, der Bedenken erwecken muß. Der Preussische Landtag hat seinen Mitgliedern erst im Oktober Diäten von monatlich 35 000 Mark bewilligt, wozu noch diese und jene Zuschläge hinzukommen. Im November ist diese Summe schon auf 77 000 Mark angestiegen, was, da auch die Ferien mitbezahlt werden, rund eine Million für das Jahr ausmacht. Daneben erhalten die Ausschußmitglieder für Sitzungen an Tagen, an denen keine Volltagung stattfindet, noch ein weiteres Tagegeld von 2500 Mark. Man könne danach, meint Dominicus, den Ausdruck eines geistreichen Abgeordneten begreifen, der in lebenswährdiger Selbstironie meinte, daß die Tätigkeit des Abgeordneten heutzutage die einzige geistliche Arbeit darstelle, die zurzeit im Deutschen Reiche über ihren Wert bezahlt wird.

Und die Gegenleistung? 24 Sitzungen in den Monaten Juli bis Oktober. Das in dieser Zeit geleistet wurde, hätte, immer nach Dominicus, in ungleich kürzeren Wochen bewältigt werden können, ganz abgesehen davon, daß des öfteren vorgekommen ist, daß die gleichen Gegenstände im Reichstage und Landtag zu gleicher Zeit behandelt wurden. Mühselig schleppen sich oft genug die Verhandlungen in Ermangelung wirklich bedeutungsvoller Gesetzesvorlagen mit der Besprechung von Anträgen und Interpellationen hin, die anscheinend zuweilen nur eingebracht und behandelt werden, damit überhaupt der Eindruck irgendwelcher Arbeit in der Preussenkammer erzielt wird. Auch jetzt, im November, scheint man überhaupt nur zusammengelommen zu sein, weil es sonst peinlich sein müßte, für den ganzen Monat die Diäten ohne „Gegenarbeit“ einzuspenden. Dominicus ist der Meinung, daß die Hälfte der Abgeordneten im Preussischen Landtage gatt getrieben werden kann. Damit allein würde für den Staat eine Ersparnis von mehr als 200 Millionen entstehen. Darüber hinaus empfiehlt er die Vereinbarung längerer Sitzungszeiten zwischenräume, während denen dann natürlich keine Diäten zu zahlen wären.

Dieser Vorschlag hat bisher in der Parteipresse noch kein allzu starkes Echo gefunden. Die Wichtigkeit der Vorlegungen des früheren demokratischen Ministers konnte nicht zu beschränken werden. Wohl aber zeigten sich hier

und da Abtentungsmanöver: Warum beim Landtag anfangen, warum nicht beim Reichstag, beim Reichswirtschaftsrat, beim Staatsrat, oder bei den Parlamenten der kleineren Länder? Herr Dominicus wird darauf wahrscheinlich antworten, er habe gar nichts dagegen, daß auch an anderen Stellen gehandelt werde, so wie der allgemeine Ernst unserer wirtschaftlichen Lage es erfordert. Ihm aber, als Mitglied des Preussischen Landtages, habe natürlich dieses Beispiel besonders nahegelegen, und wie nach einem bekannten englischen Sprichwort die Wohltätigkeit zu Hause beginnen müsse, so müsse auch jeder, der sparen wolle, damit bei sich selbst den Anfang machen. Ganz gewiß ehrt es den Mann, daß er auf diese Weise den Finger in eine Wunde gelegt hat, deren Heilung schon im Interesse des Ansehens unserer Parlamente auf das dringendste zu wünschen wäre. Einstweilen ist die Frage nun wenigstens gestellt. Man sollte dafür sorgen, daß sie nicht wieder von der Tagesordnung verschwinde, bis sie auch gelöst ist.

Brüssel nicht vor Mitte Januar.

Die Bedeutung der Vorbesprechungen. Die Londoner Besprechung wird voraussichtlich von Sonnabend bis Mittwoch dauern. In London hält man die Vorbesprechung für wichtiger als die Brüsseler Konferenz, denn die Einigung der vier Ministerpräsidenten in London wird der Brüsseler Konferenz die festen Richtlinien geben. Man glaubt daher, daß man Poinecarés Zustimmung zu einer Verschiebung der Brüsseler Konferenz auf den 15. Januar erhalten werde. Erst auf der Brüsseler Konferenz wird dann die endgültige Antwort der Entente auf die letzte deutsche Note vom 14. November erteilt werden. In London sollen nur die leitenden Grundzüge durchbesprochen bzw. beschlossen werden und der Hauptplan soll erst in Brüssel zur Diskussion gestellt werden. Als die Fragen, welche eine eilige Lösung verlangen, werden genannt: die Stabilisierung der Mark und die Finanzreform in Deutschland.

Belgien gegen französische Gewaltpläne.

Die belgische Regierung hat endgültig zu verstehen gegeben, daß sie nicht mit den französischen Vorschlägen übereinstimme, die gegen Deutschland in Aussicht genommen wurden für den Fall, daß ein Frankreich nicht befriedigendes Moratorium beschlossen werden sollte. Diese Vorschläge umfassen, wie verlautet, die Beschloagnahme der Industrien im Ruhrgebiet.

Bewaffnung der Dardanellen?

Tschitscherins Forderungen. Die Konferenz von Lausanne erlebt jetzt dramatische Tage durch das energische Auftreten der Russen, welches sich sehr von den vorsichtigen diplomatischen Manövern der anderen Beratungsteilnehmer unterscheidet. Tschitscherin erklärte, daß die türkische Regierung zu einer wirksamen Verteidigung der Meerengen und des Marmara-Meeres gegen irgendeinen Angriff nur dann befähigt sei, wenn ihr ausdrücklich das Recht zuerkannt wird, ihre Küsten zu besetzen und zu bewaffnen, eine Kriegsstotte zu besitzen und für die Verteidigung der Meerengen und des Marmara-Meeres alle Hilfsmittel der modernen Kriegführung anzuschaffen.

Diese Erklärung löst vor allem bei den Engländern auf großen Widerstand. Man rechnet in den politischen Kreisen von Paris und London mit dem baldigen Abbruch der Konferenz, da sich ergeben habe, daß eine Einigung über die Meerengenfrage nicht möglich sei. Neuer Konflikt in Athen. Der König von Griechenland hat jetzt die Auflösung des revolutionären Komitees verlangt. Nur unter dieser Bedingung erklärte er sich bereit, weiter zu regieren. In den revolutionären Kreisen Griechenlands hat dieser Schritt des Königs lebhafteste Mißbilligung hervorgerufen. Das Komitee plant, nunmehr die Republik auszurufen und dem König die Krone aus Athen abzuziehen.

Die Reformpläne bei der Post.

Was der neue Postminister wünscht. Der Reichspostminister Stinckel äußerte einem Pressevertreter gegenüber: Sie dürfen überzeugt sein, daß ich, wenn ich erst die nötige Übersicht erworben habe, es an

organisatorischen Maßnahmen nicht werde fehlen lassen. Vor allen Dingen ist es nicht wahr, daß ich schon in irgendeiner Weise eine ablehnende Haltung gegenüber den Interessen des Publikums einnehme. Im Gegenteil, ich empfinde es sehr schmerzhaft, daß wir zu so starken Erhöhungen der Tarife schreiten mußten. Ich bin ein ausgesprochener Gegner schematischer Gebührenerhöhungen. Sie müssen aber meine schwierige Stellung begreifen, die in einem Zwiespalt zwischen Finanzverwaltung und Publikum besteht. Vor allen Dingen geht es unumgänglich so weiter, daß der Post die Ausgaben für die ihr außerhalb der eigentlichen Postgeschäfte obliegenden Kulturaufgaben aufzubringen werden. Für die Dienste, die wir der Presse, der Rentenversicherung und vielen anderen Zweigen leisten, sowie für die Belastung unseres Etats, die die Unterbringung der zahlreichen flüchtigen Beamten darstellt, muß uns in irgendeiner Weise eine Entschädigung zufleßen. Wenn wir auf diese Weise entlastet werden, werden wir die Gebührenerhöhungen auf einer anderen Grundlage vornehmen können. Bei der Erörterung der Reformen im inneren Dienst befreundete der Minister sein besonderes Interesse für den Bestelldienst.

Die Landbestellung sei eine Kulturleistung; denn sie sei infolge der zu durchlaufenden langen Wegstrecken und aus anderen Gründen für die Post nicht rentabel. Die Versorgung gerade des flachen Landes mit Nachrichten müsse jedoch unbedingt sichergestellt werden.

Politische Rundschau.

Die Posttariferhöhung im Reichsrat. Der Reichsrat hielt eine Volltagung ab, in der die Erhöhung der Posttarife besprochen wurde. Der Berichterstatter, der braunschweigische Senator Heden, teilte mit, daß das Defizit der Reichspost sich auf 120 Milliarden Mark belaufe und daß eine schleunige Gebührenerhöhung unbedingt notwendig sei. Der Reichsrat genehmigte darauf die Tarifhöhe von 25 Mark für den einfachen Fernbrief, 35 Mark für Fernbriefe von 20 bis 100 Gramm und 45 Mark für Fernbriefe von 100 bis 250 Gramm. Das Porto für die Fernposttarife soll 15 Mark betragen, der einfache Ortsbrief 10 Mark, die Ortspostkarte 5 Mark. Die Telegraphengebühren wurden vom Verkehrsbetrag nochmals erhöht und ein Feuerungszuschlag von 200 % vorgeschlagen. Da die Post damit noch nicht ausreicht, weil sie allein 98 Milliarden Selbstkosten aufzubringen hat, beschloß der Reichsrat, zur Regierungsvorlage zurückzutreten und einen Feuerungszuschlag von 200 % zu bewilligen. Diese Tarife sollen am 15. Dezember in Kraft treten.

Deutscher Reichstag.

(278. Sitzung.) (B. Berlin, 5. Dezember.) Vor einem Hause, das wiederum nur schwach besetzt war, wurde heute zuerst eine größere Zahl kleiner Anfragen erledigt. Einige davon verdienen besonders hervorgehoben zu werden. So fragte der Abg. Schult-Bromberg (Deutschnat.) nach der Auffassung der Reichsregierung, die nach den Mitteilungen in der Reichstagsitzung vom 20. Oktober gegen das Leben des damaligen Reichskanzlers Dr. Wirth angezeigt sein sollte. Ein Regierungsvertreter erwiderte, daß am 16. 10. in Hagen i. Westf. ein junger Mann selbst sich der Teilnahme an einer solchen Verschwörung bezüchtigte. Die Ermittlungen ergaben, daß diese Selbstbezüchtigung falsch war. Weiter wies der Abg. Schiffer (Dem.) darauf hin, daß die politische Regierung durch die Unterlassung der Einrückung von Winderbeitsschulen im abgetrennten Oberschlesien das Genfer Abkommen vom 15. Mai d. J. verlegt habe. Ministerialdirektor von Malsahn antwortete, die deutsche Regierung werde darauf bedacht sein, daß die Rechte der deutschen Winderheiten nicht verletzt werden.

Beratung des Nachtragsbesatzes. Bei der Beratung des Nachtrags zum Haushalt des Reichspräsidenten bezeichnete der Abg. Frölich (Komm.) den Reichspräsidenten als eine ganz überflüssige Einrichtung, die erspart werden könnte. Der Gelegenheitsredner über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten wurde dem Haushaltsausschuß überlesen und die Nachtragsbesatzes des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, des Reichswirtschaftsrates und des Reichswirtschaftsministeriums angenommen.

Beim Nachtragsbesatz des Reichsjustizministeriums fragte Abg. Dr. Rosenfeld (Soj.) den neuen Reichsjustizminister, wie er sich zu dem Entwurf der neuen Straf-